

AUSBAUZIELE DANK SOLARENERGIE ÜBERTROFFEN

Die Photovoltaik ist in Rheinland-Pfalz Zugpferd der Energiewende



Foto: Dr. Martin Frey

Bild 1: Im Eifelort Minderlittgen, in der Nähe von Wittlich, entstand ein rund 30-MWp-Solarpark: Bürgermeister Helmut Bauer berichtet, die Akzeptanz seitens Gemeinderat und Bevölkerung sei gut, da man die Vorteile für die Gemeinde erkannt habe

In Rheinland-Pfalz kommen derzeit die Erneuerbaren Energien gut voran – wenngleich bei Solarstrom und Windkraft unterschiedlich. Was sind die Gründe dafür und wie sehen die Positionen unter einzelnen Akteuren aus?

„Der Ausbau der Erneuerbaren Energien nimmt Fahrt auf“, meldete das rheinland-pfälzische Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität Anfang des Jahres. Erstmals gab es im Jahr 2023 einen Zubau von mehr als einem Gigawatt Leistung aus Erneuerbaren. Dabei hat das Land mit etwa 940 MW das Netto-Ausbauziel von jährlich 500 Megawatt (MW) im Bereich der Photovoltaik deutlich überschritten. „Damit haben wir das Ausbautempo im PV-Bereich seit 2020 verfünffacht und liegen weit über dem Bundesdurchschnitt“, so Klimaschutz- und Energieministerin Katrin Eder (Die Grünen).

Bis spätestens 2040 will das Bundesland klimaneutral sein. Während man bei der Solarstromerzeugung auf der Überholspur ist, kommt die Windenergie langsamer voran: Ihr Ausbau konnte gegen-

über dem Vorjahr um 50 % gesteigert werden, unterm Strich kamen aber nur etwa 130 MW Leistung hinzu. „Die Ausbaumaßnahmen der Windenergie wirken aufgrund langer Planungszeiten zeitverzögert“, erklärt die Ministerin. Begleitet wird die Entwicklung mit einer hohen Akzeptanz gegenüber der Energiewende in der Bevölkerung: Eine vom Umweltministerium beauftragte Forsa-Studie ergab, dass sich die Mehrheit der Befragten für die Nutzung von Erneuerbaren Energien ausspricht – insbesondere von Solar- (94 %) und Windenergie (89 %). Am positivsten wurden dabei Solaranlagen auf Hausdächern bewertet, es folgten Windkraftanlagen, Solaranlagen auf Freiflächen und – mit etwas mehr Abstand – Biogasanlagen.

Windkraft soll an Fahrt aufnehmen

Für das nun erforderliche Nachziehen der Windkraft sieht das Ministerium die Weichen gut gestellt: Für einen zügigeren Ausbau sollen etwa die Verringerung der Mindestabstände von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung, die Auf-

hebung des Konzentrationsgebotes und die Verlagerung der Genehmigungsverfahren von den Kreisverwaltungen hin zu den Struktur- und Genehmigungsdirektionen sorgen. Das sogenannte „Landeswindenergiegebietegesetz“, dessen Entwurf derzeit bei den Verbänden zur Stellungnahme liegt, soll unterstützend dafür sorgen, die Verpflichtungen der Bundespolitik auf Landesebene umzusetzen. Dessen Entwurf sah vor, bis Ende 2026 mindestens 1,4 % und bis Ende 2030 mindestens 2,2 der Landesfläche für Windkraft auszuweisen. Der Bundesverband Windenergie (BWE) und der Landesverband Erneuerbare Energien e.V. (LEE) bemängelten aber daran, der Entwurf bleibe „weit hinter den Möglichkeiten von Rheinland-Pfalz zurück“. Derzeit sind 4,0 GW Windleistung am Netz (Ende 2023, BNetzA/MaStR).

Freiflächenverordnung nicht ausreichend

Der Photovoltaikausbau erlebte in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren einen Boom, wozu nach Ministerin Eder die Freiflächenverordnung des Landes einen wesentlichen Anteil geleistet habe. Diese legte fest, dass Ausschreibungen für Acker- und Grünlandflächen über jährlich 200 MW – seit Herbst vergangenen Jahres auf 400 MW verdoppelt – zulässig sind. Dies geht der Branche aber nicht weit genug: Die DGS-Sektion Rheinland-Pfalz begrüßt die Anhebung des jährlichen Zubaupotenzials. Doch dies reiche nicht aus, um bis 2024 zwischen 10,2 und 13,0 GWp PV-Freiflächenleistung zu erreichen. Vom Ziel der Bundesnetzagentur ist man mit einem Ausbaustand von gerade einmal 600 MWp noch weit entfernt. Zubaubeschränkungen seien nicht zielführend, so die DGS. Ende 2023 waren 4,1 GWp PV-Leistung am Netz (BNetzA/MaStR).

Auch Guido Dahm, Vorstandsmitglied des Landesverbandes Solarenergie Rheinland-Pfalz e.V., fordert: „Die PV-Freiflächenverordnung muss weiter geöffnet werden.“ Den Erneuerbaren Energien müsse gemäß der Bundesgesetzgebung Vorrang gegeben werden bis die Strom-

Energiewende vor Ort

erzeugung „nahezu treibhausgasneutral“ sei. Die Anpassung der Landesverordnung zu Freiflächen-Photovoltaik sei durchaus zielführend gewesen, sagt Christoph Zeis, Vorstandsvorsitzender des Landesverbandes Erneuerbare Energie (LEE) Rheinland-Pfalz/Saarland e.V. Allerdings gestalte sich die Umsetzung „im Einzelfall über alle Verwaltungen teils langwierig“. Zudem stocke derzeit die Entwicklung, da die Vergütungen gefallen, die Zinsen gestiegen und die Ausschreibungsmenge zu gering seien.

Das Landessolargesetz, zuletzt zu Jahresbeginn novelliert, enthält jetzt für Neubauten und Parkplätze von Gewerbe und öffentlicher Hand die Pflicht zur Installation von Photovoltaikanlagen. Neue Privatgebäude müssen für eine spätere Installation vorbereitet sein, das wird als „PV-Ready“ bezeichnet.

Außerdem wurden Genehmigungen vereinfacht und beschleunigt, Mindestabstände reduziert sowie mittels einer Richtlinie der Solarenergie gegenüber dem Denkmalschutz Vorrang eingeräumt. Zur Unterstützung des Ausbaus dient auch ein Solarkataster im Internet (solarkataster.rlp.de), das seit 2021 Potenzial- und Wirtschaftlichkeitsabschätzungen für einzelne Gebäude ermöglicht.

Kommunale Wärmeplanung auf dem Weg

Bei der Wärmewende besteht weiterhin hoher Nachholbedarf. Laut Umweltministerium beträgt der Anteil Erneuerbarer Energien am Wärmeverbrauch nur 11 % bei einem Bundesdurchschnitt von 17,4 %. Die Biomasse leistet dabei den wichtigsten Beitrag. Derzeit wird das bundesweite Wärmeplanungsgesetz auf Länderebene heruntergebrochen. Im Vorfeld des Gesetzgebungsprozesses hat das Klimaschutzministerium nun die Kommunen und Verbände an einen Runden Tisch zusammengebracht, um im Vorfeld eine Abstimmung der Inhalte zu erzielen.

In den Kommunen besteht generell ein großes Interesse an der Kommunalen Wärmeplanung und der Erstellung der Wärmepläne. Daher berät die Energieagentur bereits jetzt interessierte Städte und Gemeinden. Das Beratungsangebot soll noch erweitert werden, wofür zwei neue Stellen geschaffen wurden. Im Rahmen des Förderprogramms „Zukunftsfähige Energieinfrastruktur“ (ZEIS) wurden bereits Nahwärmenetze gefördert, etwa in den Hunsrückgemeinden Neuerkirch-Külz und Kappel sowie jüngst an mehreren Stellen im Ahrtal. Der online verfügbare Energieatlas des Landes energieatlas.rlp.de bietet einen Überblick über 60 Nahwärmeprojekte. Außerdem wurden etwa Sanierungen über das Förderprogramm „Wärmewende im Quartier“ gefördert.

Solidarpakte und Kommunale Klimapakte

Bundesweit einmalig sind aus Sicht des Landes die sogenannten „Solidarpakte“, die erheblich zur Akzeptanz von Solar- und Windparks beitragen können: Kommunen oder Gebietskörperschaften werden motiviert, gemeinsam Flächen für Solar- oder Windparks zur Verfügung zu stellen und zu erschließen bzw. auch Anlagen zu betreiben. Aus den Einnahmen profitieren dann alle beteiligten Ortsgemeinden – auch die, auf deren Fläche keine Anlagen errichtet werden können. Dadurch werden Infrastrukturprojekte möglich, wie der Ausbau der Glasfaserversorgung oder die Förderung von Kindergärten, was merklich zur Akzeptanz vor Ort beiträgt.

Im Rahmen des „Kommunalen Klimapaktes“ erhalten Kommunen außerdem umfassende Beratungsangebote zu Klimaschutz und Klimawandelanpassung und können sich untereinander

austauschen. Als „größtes kommunale Investitionsprogramm in der Geschichte des Landes“ bietet hier auch das „Kommunale Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation“ (KIPKI) Fördermittel für Kommunen. Dieses umfasst ein Budget von 250 Mio. €. Bürgerinnen und Bürger erhalten vielfältige Beratungsangebote über die Verbraucherzentralen, welche das Land ebenfalls finanziell unterstützt.

Energiewende aus Sicht der Parteien

Was sagen die Parteien zur Energiepolitik der Ampelkoalition? Fabian Ehmann, klimapolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion, berichtet, man ziehe in der Koalition beim Klimaschutz an einem Strang. Und Patric Müller, energiepolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Mainzer Landtag, hebt beispielhaft hervor, ein „wesentlicher Schlüssel“ liege bei den Kommunen, die dem „Kommunalen Klimapakt“ beigetreten sind. Etwas kritischer äußert sich Marco Weber, energiepolitischer Sprecher der FDP-Fraktion: Er sieht den aktuellen Boom bei der Freiflächen-Photovoltaik zwiespältig und verweist auf „viele ungeklärte steuerrechtliche Fragen“, die sich den Betreibern stellen.

Neue Beteiligungsrunde - 5 % p.a. Solarrendite sichern!



Beteiligen Sie sich **ab 1.000 €** und profitieren Sie von **5,0 % Rendite p.a. fix ***

* Stand der nächsten Beteiligungsrunde (Emission im Mai-Juni 2024), der Zinssatz orientiert sich für folgende Neuemissionen am Kapitalmarkt.

Jetzt direkt online informieren & zeichnen!
<https://buergersolar.greenovative.de/>

0911-1313 74700
beteiligung@greenovative.de

greenovative

Kritik seitens der Opposition

Anders beurteilt es die oppositionelle CDU: Markus Wolf, Obmann der CDU-Landtagsfraktion im Ausschuss für Klima, Energie und Mobilität, geht mit der Regierung hart ins Gericht: „Leider geht es kaum vorwärts, weil schon die Abstimmung innerhalb dieser Koalition so lange dauert. Beim neuen Landessolargesetz mussten wir die Landesregierung mit einem eigenen Entwurf erst ins Handeln treiben.“ Den Erfolg beim Ausbau der Photovoltaik führt Wolf auf die Akteure vor Ort zurück, nicht aber auf Politik oder Landesregierung.

Die Ampel, so Markus Wolf weiter, habe „mit ihrem Konstrukt ‚PV-Ready‘ ein halbherziges Placebo geschaffen“. Die Pflicht zur Solaranlage auf jedem neuen Dach hätte gleich in den Gesetztext gekonnt. Die weiterhin vorhandenen Abstandsregeln auf Dachflächen hätten andere Bundesländer einfach abgeschafft. Auch beim Konflikt zwischen Denkmalschutz und Solaranlagen gebe es noch viele Schwierigkeiten in der Umsetzung. Ein CDU-Vorschlag sei zudem, mittels Solarkataster geeignete Dachflächen automatisch zu genehmigen.

Aber auch die Ampelparteien sehen beim Thema Erneuerbare Energien noch Luft nach oben: Patric Müller von der SPD sagt etwa, „neben dem Aufholprozess zur Windkraft“ könne „im Bereich der Bio- und Geothermie noch zugelegt werden“. Als „größte Baustelle“ bezeichnet Marco Weber von der FDP die Netzinfrastruktur: „Teilweise können regional fertige PV-Anlagen nicht angeschlossen werden.“

Kommunen und Stadtwerke beklagen Hemmnisse

Der Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz betont auf Anfrage, die Kommunen trügen zum Erreichen der Klimaschutzziele bei, indem sie Flächen zur Verfügung stellen, die planungsrechtliche Grundlagen schaffen, aber auch selbst Anlagen bauen und betreiben. „Idealerweise“ geschehe dies „auch in eigener Trägerschaft“, so Geschäftsführer Dr. Karl-Heinz Frieden. Hinderlich seien da einige „Verfahrensregelungen, die die Planungsprozesse und Genehmigungsverfahren teils doch sehr zeitaufwendig und langwierig machen.“

Ähnlich äußert sich auch die Vertretung der Stadt- und Gemeindewerke des



Foto: Dr. Martin Frey

Bild 2: Windenergie spielt in Rheinland-Pfalz eine wichtige Rolle.

Landes: „Der Erfolg bei der Photovoltaik darf kein Ruhekiten sein“, so Michael Bleidt, Geschäftsführer beim Verband kommunaler Unternehmen e.V. in Rheinland-Pfalz, dem 92 kommunale Unternehmen angehören. Bei der Windkraft hinken man den Zielen weit hinterher: „In den ersten beiden Monaten 2024 wurden sogar 15 Megawatt Windenergieleistung zurückgebaut“, bemängelt Bleidt.

Wünsche und Mahnungen der Akteure

Als Projektierer bemängelt Torsten Szielasko, Geschäftsführer der Gesellschaft für Alternative Ingenieurtechnische Anwendungen – GAIA mbH in Lamsheim, dass für die Windkraft zu wenig getan werde, wohingegen der PV-Markt überhitze: „Planer und Projektierer kommen aus ganz Deutschland und überrennen die Gemeinden“. Für die PV-Freiflächen brauche es „Regelungen und Steuerungen“. Er fürchte sonst wieder mehr restriktive Vorgaben. Auch die bisherigen Aktivitäten des Landes für die Wärmewende reichten bei weitem nicht aus.

Als Sprecher einer Energiegenossenschaft findet Christoph Würzburger indes positive Worte. Der Vorstand bei der Urstrom eG aus Mainz, eine der größten und ältesten Bürgerenergiegenossenschaften des Landes, sagt: „Das Land unterstützt nicht erst seit vorgestern das Engagement von Bürgerenergiegenossenschaften.“ Dies trage langsam Fruch-

te. Was noch fehle, sei eine Förderung von Parkplatz-Photovoltaik. Hier gebe es „riesige Flächen im Bestand, die man angehen und so den Ausbau in der Freifläche reduzieren könnte.“

Mit Blick auf die Förderung der Erneuerbaren Energien in Rheinland-Pfalz äußert sich auch Gabriele Schmidt, Vorsitzende des Landesverbandes Rheinland-Pfalz/Saar des Bundesverbandes Windenergie e.V., zufrieden: „Wir erkennen einen breiten Konsens beim Ausbau der Erneuerbaren Energien sowohl in der Bevölkerung, in der Wirtschaft als auch in der Politik.“ Allerdings will man die Entwicklung weiter aufmerksam begleiten, denn, so Schmidt weiter: „In den neuen Regionalplänen und im neuen Landesentwicklungsprogramm LEP wird sich zeigen, wie ernsthaft die Landesregierung die Energiewende in Rheinland-Pfalz verfolgt.“

ZUM AUTOR:

► Dr. Martin Frey
Fachjournalist

mf@agenturfrey.de

Transparenzhinweis:

Der Autor ist Mitglied der im Text genannten Urstrom-Energiegenossenschaft.